

INHALT

35. Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen 2010; Wahlausschreibung und Einrichtung der Wahlbehörden und Erfassung der Wahlberechtigten

36. Buchhinweis: Kommentar zur Tiroler Gemeindewahlordnung 1994

37. Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen 2010; Wahlkalender

Verbraucherpreisindex

für September 2009 (vorläufiges Ergebnis)

35.

Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen 2010; Wahlausschreibung, Einrichtung der Wahlbehörden und Erfassung der Wahlberechtigten

Die Landesregierung hat mit Beschluss vom 10. März 2009 die allgemeinen Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen 2010 auf Sonntag, den 14. März 2010, ausgeschrieben.

Rechtsgrundlagen

Die Wahl des Gemeinderates und des Bürgermeisters wird durch die Tiroler Gemeindewahlordnung 1994, LGBl. Nr. 88, in der Fassung der Gesetze LGBl. Nr. 12/1995, 40/1995, 94/1995, 145/1998, 113/2001, 33/2003, 127/2003, 67/2006 und 19/2008 geregelt.

Wahlrecht und Wählbarkeit

Die §§ 7 und 8 der Tiroler Gemeindewahlordnung 1994 regeln Wahlrecht und Wählbarkeit.

Zur Wahl des Gemeinderates und des Bürgermeisters ist jeder Unionsbürger wahlberechtigt, der in der Gemeinde seinen Hauptwohnsitz hat, es sei denn, dass er sich noch nicht ein Jahr in der Gemeinde aufhält und sein Aufenthalt offensichtlich nur vorübergehend ist, vom Wahlrecht nicht ausgeschlossen ist und am Wahltag das 16. Lebensjahr vollendet hat. Wählbar zum Gemeinderat sind alle wahlberechtigten Unionsbürger, zum Bürgermeister alle österreichischen Staatsbürger, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben.

Der Hauptwohnsitz einer Person ist dort begründet, wo sie sich in der erweislichen oder aus den Umständen hervorgehenden Absicht niedergelassen hat, hier den Mittelpunkt ihrer Lebensbeziehungen zu schaffen; trifft diese sachliche Voraussetzung bei einer Gesamtbe-

trachtung der beruflichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebensbeziehungen einer Person auf mehrere Wohnsitze zu, so hat sie jenen als Hauptwohnsitz zu bezeichnen, zu dem sie das überwiegende Naheverhältnis hat (vgl. Art. 6 Abs. 3 B-VG und die melderechtlichen Vorschriften).

Hält sich eine Person noch nicht ein Jahr in der Gemeinde auf und ist ihr Aufenthalt offensichtlich nur vorübergehend (wie beispielsweise der Aufenthalt eines Koches oder Kellners für die Wintersaison), so ist sie nicht wahlberechtigt.

Vom Wahlrecht ist ausgeschlossen, wer durch ein inländisches Gericht wegen einer oder mehrerer mit Vorsatz begangener strafbarer Handlungen zu einer mehr als einjährigen Freiheitsstrafe rechtskräftig verurteilt worden ist. Der Ausschluss endet nach sechs Monaten, gerechnet ab der Vollstreckung der Strafe, ab dem Vollzug oder Wegfall mit Freiheitsentziehung verbundener vorbeugender Maßnahmen, im Fall der Verbüßung der Strafe durch Anrechnung einer Vorhaft mit dem Tag der Rechtskraft des Urteils. Vorbeugende Maßnahmen sind die Unterbringung in einer Anstalt für geistig abnorme Rechtsbrecher, für entwöhnungsbedürftige Rechtsbrecher und für gefährliche Rückfallstäter. Ein Ausschluss vom Wahlrecht tritt schließlich nicht ein, wenn das Gericht die Strafe bedingt nachgesehen hat.

Wahlberechtigt ist, wer spätestens am 14. März 2010 das 16., wählbar, wer spätestens am 14. März 2010 das 18. Lebensjahr vollendet hat. Das Wahlalter gilt mit dem

Beginn des Geburtstages als vollendet, weil es sich dabei um den Erwerb eines Rechtes handelt (§ 963 ABGB).

Ausschreibung der Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen

Tag der Wahlausschreibung ist Mittwoch, der 9. Dezember 2009.

Unmittelbar nach der Kundmachung der Wahlausschreibung im Landesgesetzblatt für Tirol ist die Wahlausschreibung auch in den Gemeinden kundzumachen.

GEMEINDERATS- UND BÜRGERMEISTERWAHLEN 2010

Gemeinde

KUNDMACHUNG

über die

Ausschreibung der allgemeinen Wahlen des Gemeinderates und des Bürgermeisters

Die Landesregierung hat nach § 3 der Tiroler Gemeindewahlordnung 1994, LGBL. Nr. 88, die allgemeinen Wahlen des Gemeinderates und des Bürgermeisters für alle Gemeinden Tirols mit Ausnahme der Stadt Innsbruck auf

Sonntag, den 14. März 2010

ausgeschrieben.

Als Stichtag wurde der 30. Dezember 2009 bestimmt.

Als Tag der engeren Wahl des Bürgermeisters wurde Sonntag, der 28. März 2010 bestimmt.

Tag der Wahlausschreibung ist der 9. Dezember 2009.

Zur Wahl des Gemeinderates und zur Wahl des Bürgermeisters wahlberechtigt ist jeder Unionsbürger, der in der Gemeinde seinen Hauptwohnsitz hat, es sei denn, dass er sich noch nicht ein Jahr in der Gemeinde aufhält und sein Aufenthalt offensichtlich nur vorübergehend ist, spätestens am Tag der Wahl das 16. Lebensjahr vollendet hat und vom Wahlrecht nicht ausgeschlossen ist. Das Vorliegen der Voraussetzungen ist, abgesehen vom Wahlalter, nach dem Stichtag zu beurteilen.

....., am 9. Dezember 2009

Der Bürgermeister :

Eine Kundmachung, die von der Gemeinde in der erforderlichen Zahl ausgedruckt und angeschlagen werden kann, wird den Gemeinden zeitgerecht per E-Mail zur Verfügung gestellt.

Einrichtung der örtlichen Wahlbehörden

Nach dem Tag der Wahlausschreibung richten sich die Termine für die Einrichtung der örtlichen Wahlbehörden

Örtliche Wahlbehörden sind die Gemeindewahlbehörde, die Sprengelwahlbehörde(n) und die Sonderwahlbehörde(n).

Die Einrichtung von Wahlsprengeln obliegt der Gemeindewahlbehörde. Die Gemeindewahlbehörde kann in einem der Wahlsprengel zusätzlich die Aufgaben der Sprengelwahlbehörde besorgen. Wird nachträglich ein Wahlsprengel eingerichtet, weil etwa die Zahl der Wahlberechtigten oder die Siedlungsentwicklung eine derartige Maßnahme als zweckmäßig erscheinen lassen, so ist umgehend auch eine Sprengelwahlbehörde einzurichten.

In jeder Gemeinde ist mindestens eine Sonderwahlbehörde für die Ausübung des Wahlrechtes durch Wahlberechtigte, denen es aus Alters-, Krankheits- oder ähnlichen Gründen nicht möglich ist, ihr Wahlrecht in einem Wahllokal auszuüben, zu bilden. Bei Bedarf kann die Gemeindewahlbehörde mehrere solche Sonderwahlbehörden bilden. Weiters kann die Gemeindewahlbehörde, wenn sie die Erfassung der Briefwähler (Auswertung der Wahlkarten) nicht selbst durchführt oder einer (bei Bedarf mehreren) Sprengelwahlbehörde(n) überträgt, eine (bei Bedarf mehrere) Sonderwahlbehörde(n) für die Erfassung der Briefwähler (Auswertung der Wahlkarten) bilden. Der allfällige Bedarf wird sich erst gegen den Wahltag hin zeigen; daher ist die Bildung der erforderlichen Wahlbehörden und die Festlegung von deren Aufgaben bis zum fünften Tag vor dem Wahltag möglich.

Der Gemeinderat hat umgehend über die Anzahl der Beisitzer der Gemeindewahlbehörde und der Sprengelwahlbehörde(n) und über die Aufteilung der Anzahl der Beisitzer der örtlichen Wahlbehörden unter Berücksichtigung der verhältnismäßigen Stärke der Gemeinderatsparteien auf diese Beschluss zu fassen.

Die Gemeindewahlbehörde besteht aus dem Bürgermeister (einem von ihm zu bestellenden ständigen Vertreter) als Vorsitzenden (Gemeindewahlleiter) und mindestens drei und höchstens acht Beisitzern.

Die Sprengelwahlbehörde(n) besteht (bestehen) aus dem vom Bürgermeister zu bestellenden Vorsitzenden (Sprengelwahlleiter) und mindestens drei und höchstens acht Beisitzern. Die Anzahl der Beisitzer ist für alle Sprengelwahlbehörden einheitlich festzulegen.

Die Sonderwahlbehörde(n) besteht (bestehen) aus dem vom Bürgermeister zu bestellenden Vorsitzenden (Leiter der Sonderwahlbehörde) und drei Beisitzern.

Für den Fall der Verhinderung hat der Bürgermeister für den Vorsitzenden der Gemeindevahlbehörde, der Sprengelwahlbehörde(n) und der Sonderwahlbehörde(n) je einen Stellvertreter zu bestellen.

Für den Fall der Verhinderung ist für jeden Beisitzer ein Ersatzmitglied zu bestellen. Ein Beisitzer kann von jedem Ersatzmitglied vertreten werden. Stehen beispielsweise einer Gemeinderatspartei zwei Beisitzer zu und ist der Beisitzer B1 verhindert, so kann er vom Ersatzmitglied E1 oder vom Ersatzmitglied E2 vertreten werden.

Die Beisitzer und Ersatzmitglieder sind von den Gemeinderatsparteien unter Berücksichtigung ihrer verhältnismäßigen Stärke dem Gemeindevahlleiter vorzuschlagen und von diesem zu bestellen. Gemeinderatsparteien sind (nach Maßgabe des Ergebnisses der letzten Gemeinderatswahl!) die Wahlwerber einer Wählergruppe, denen Gemeinderatsmandate zugewiesen wurden. Die verhältnismäßige Stärke der Gemeinderatsparteien ist wie folgt zu ermitteln:

Die Anzahl der Mandate jeder einzelnen Gemeinderatspartei ist, beginnend mit der größten Zahl, nebeneinander zu schreiben. Darunter sind die Hälfte, das Drittel, das Viertel und nach Bedarf die weiteren Bruchteile zu schreiben. Dezimalzahlen sind zu berücksichtigen. Die so gewonnenen Zahlen sind ihrer Größe nach zu ordnen, wobei mit der größten Zahl zu beginnen ist. Die verhältnismäßige Stärke der Gemeinderatsparteien richtet sich nach der Reihenfolge, in der die so geordneten Zahlen auf die Gemeinderatsparteien entfallen. Haben danach zwei oder mehrere Gemeinderatsparteien Anspruch auf einen Beisitzer, so fällt dieser jener Gemeinderatspartei zu, die bei der letzten Gemeinderatswahl die größere Anzahl an Stimmen erhalten hat. Bei gleicher Anzahl an Stimmen entscheidet das vom jüngsten Gemeinderatsmitglied zu ziehende Los.

Die wiedergegebenen Bestimmungen gelten auch für die Aufteilung der Beisitzer auf die Gemeinderatsparteien, die aus gekoppelten Wahlvorschlägen hervorgegangen sind. Koppelungen sind somit im Fall der Aufteilung der Beisitzer nicht zu berücksichtigen.

Hat beispielsweise der Gemeinderat beschlossen, sieben Beisitzer zu bestellen und beträgt das Stärkeverhältnis der Gemeinderatsparteien A acht Mandate (3.800 Stimmen), B fünf Mandate (2.300 Stimmen), C vier Mandate (2.000 Stimmen) und D zwei Mandate (1.100 Stimmen) so ist folgend vorzugehen:

Geteilt durch	A	B	C	D
1	8 (1)	5 (2)	4 (4)	2
2	4 (3)	2,5 (6)	2	1
3	2,6 (5)	1,6		
4	2 (7)			
5	1,6			

A hat Anspruch auf vier, B auf zwei und C auf einen Beisitzer für die Gemeindevahlbehörde, D erhält keinen Beisitzer. Die sieben größten Zahlen sind fett gedruckt und die in Klammer gesetzten Ziffern zeigen, in welcher Reihenfolge die Sitze verteilt werden. Der Beisitzer Nummer 7 fällt A zu, weil sie mehr Stimmen als C oder D hat.

Wird der Vorschlag auf Bestellung der Beisitzer und der Ersatzmitglieder nicht rechtzeitig erstattet, so hat der Gemeindevahlleiter die fehlenden Beisitzer und Ersatzmitglieder nach freiem Ermessen zu bestellen.

Mitglieder der örtlichen Wahlbehörden können nur Personen sein, die in der Gemeinde, in der die betreffende örtliche Wahlbehörde ihren Sitz hat, in den Gemeinderat wählbar sind.

Das Amt eines Mitgliedes einer Wahlbehörde ist ein öffentliches Ehrenamt, zu dessen Annahme und Ausübung jeder in den Gemeinderat wählbare Gemeindevürger verpflichtet ist; diese Verpflichtung besteht nicht bei Vorliegen eines gerechtfertigten Entschuldigungsgrundes. Den Mitgliedern der örtlichen Wahlbehörden gebührt lediglich der Ersatz der mit der Besorgung ihrer Aufgaben verbundenen notwendigen Barauslagen und des von ihnen nachgewiesenen tatsächlichen Verdienstentganges.

Werden nachträglich Sprengel- oder Sonderwahlbehörden gebildet, so sind ihre Mitglieder unverzüglich namhaft zu machen und zu bestellen.

Bei der Nachbesetzung ausgeschiedener Mitglieder von Wahlbehörden ist analog vorzugehen.

Die gesetzlichen Fristen für die Einrichtung der örtlichen Wahlbehörden und die Durchführung ihrer konstituierenden Sitzungen sind dem Wahlkalender zu entnehmen.

Eine Wählergruppe, die einen Wahlvorschlag für die Wahl des Gemeinderates eingebracht hat, kann in jede örtliche Wahlbehörde, für die sie keinen Anspruch auf Namhaftmachung eines Beisitzers hat, je eine Vertrauensperson (für den Fall ihrer Verhinderung einen Stellvertreter) entsenden. Die Vertrauensperson (ihr Stellvertreter) muss in den Gemeinderat wählbar sein. Die Vertrauensperson nimmt ohne Stimmrecht an den Sitzungen der örtlichen Wahlbehörde teil.

Den Wahlbehörden obliegt die Leitung und Durchführung der Wahlen des Gemeinderates und des Bürgermeisters. Die Wahlbehörden sind Kollegialorgane und werden in Sitzungen tätig. Umlaufbeschlüsse sind daher nicht zulässig. Wahlbehörden sind beschlussfähig, wenn der Vorsitzende (sein Stellvertreter) und wenigstens die Hälfte der Beisitzer (Ersatzmitglieder) anwesend sind. Zu einem gültigen Beschluss ist die einfache Stimmenmehrheit erforderlich. Der Vorsitzende stimmt nicht mit. Bei Stimmgleichheit gilt jedoch die Anschauung als zum Beschluss erhoben, der er beitrifft. Stimmenthaltung gilt als Ablehnung.

Bis zur Bildung der Wahlbehörden hat der Wahlleiter alle unaufschiebbaren Geschäfte zu besorgen, insbesondere auch Eingaben entgegen zu nehmen, und sobald die Wahlbehörden gebildet sind, diesen seine bisherigen Verfügungen zur Kenntnis zu bringen. Der Wahlleiter hat die Sitzungen der Wahlbehörden einzuberufen, die Sitzungen als Vorsitzender zu leiten und die Beschlüsse durchzuführen. Er hat die Sitzungen so zeitgerecht einzuberufen, dass es den Mitgliedern der Wahlbehörde und Vertrauenspersonen bei gewöhnlichem Lauf der Dinge möglich ist, zum festgesetzten Termin zu erscheinen. Kann eine Wahlbehörde nicht in beschlussfähiger Anzahl zusammentreten oder wird sie während der Amtshandlung beschlussunfähig und lässt die Dringlichkeit der Amtshandlung keinen Aufschub zu, so hat der Wahlleiter die Amtshandlung selbstständig durchzuführen; dies gilt nicht für Amtshandlungen, die der Ermittlung des Wahlergebnisses (siehe dazu den 6. Abschnitt „Ermittlung der Wahlergebnisse“ der Tiroler Gemeindevahlordnung 1994) dienen.

Weitere Informationen über die örtlichen Wahlbehörden sind dem 2. Abschnitt „Wahlbehörden“ der Tiroler Gemeindevahlordnung 1994 zu entnehmen.

Erfassung der Wahlberechtigten

Stichtag ist Mittwoch, der 30. Dezember 2009.

Nach dem Stichtag sind die Wahlberechtigten zu erfassen.

Der Kreis der Wahlberechtigten wurde bereits eingangs näher beschrieben.

Die Wahlberechtigten sind in das Wählerverzeichnis einzutragen. Grundlage für die Erstellung des Wählerverzeichnisses sind die nach dem Wählerevidenzgesetz 1973 zu führende Wählerevidenz und die nach § 23a der Tiroler Gemeindevahlordnung 1994 zu führende Ge-

meindewählerevidenz für sonstige Unionsbürger. Ist das Gemeindegebiet in Wahlsprengel eingeteilt, so ist das Wählerverzeichnis getrennt nach Wahlsprengeln anzulegen. Jeder Wahlberechtigte darf in der Gemeinde nur in einem Wählerverzeichnis eingetragen sein; er ist in das Wählerverzeichnis des Wahlsprengels einzutragen, in dem er am Stichtag seinen Wohnsitz hat.

In jeder Gemeinde ist eine Gemeindegewählerevidenz für Unionsbürger, die nicht die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen, zu führen (Gemeindegewählerevidenz für sonstige Unionsbürger). In die Gemeindegewählerevidenz für sonstige Unionsbürger sind alle Unionsbürger, die nicht die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen, in der Gemeinde ihren Hauptwohnsitz haben, vor dem 1. Jänner des Jahres der Eintragung das 14. Lebensjahr vollendet haben und vom Wahlrecht zum Gemeinderat nicht ausgeschlossen sind, von Amts wegen einzutragen.

Besondere Sorgfalt ist insbesondere darauf anzuwenden, dass in der Wählerevidenz verzeichnete österreichische Staatsbürger, die keinen Hauptwohnsitz in der Gemeinde haben, in der Wählerevidenz mit Hauptwohnsitz verzeichnete österreichische Staatsbürger bzw. in der Gemeindegewählerevidenz für sonstige Unionsbürger mit Hauptwohnsitz verzeichnete sonstige Unionsbürger, die sich noch nicht ein Jahr in der Gemeinde aufhalten und deren Aufenthalt offensichtlich nur vorübergehend ist, nicht, hingegen Wahlberechtigte, die erst im Jahre 2010 bis einschließlich 14. März das 18. Lebensjahr vollendet haben, jedenfalls im Wählerverzeichnis erfasst werden.

Jeder Wahlberechtigte darf in der Gemeinde nur in einem Wählerverzeichnis eingetragen sein; er ist in das Wählerverzeichnis des Wahlsprengels einzutragen, in dem er am Stichtag seinen Wohnsitz hat.

Die Gemeinde hat das Wählerverzeichnis in einem allgemein zugänglichen Amtsraum durch fünf Werktage (mit Ausnahme des Samstages) zur öffentlichen Einsicht aufzulegen. Die Auflegung des Wählerverzeichnisses ist durch öffentlichen Anschlag kundzumachen. Näheres ist dem Wahlkalender zu entnehmen. Der Festlegung des Beginnes und des Endes der Einsichtsfrist, des Amtsraumes und der für die Einsichtnahme bestimmten Stunden kommt besondere Bedeutung zu. Bei der Festsetzung der für die Einsichtnahme bestimmten Stunden ist darauf zu achten, dass die Einsichtnahme auch außerhalb der normalen Arbeitszeit ermöglicht wird. Durch die Auflegung des Wählerverzeichnisses wird dessen Publizität gewährleistet.

**GEMEINDERATS- UND
BÜRGERMEISTERWAHLEN 2010**

Gemeinde:

KUNDMACHUNG

**über die Auflegung der Wählerverzeichnisse
nach § 26 der Tiroler Gemeindevahlordnung 1994**

Das **Wählerverzeichnis** für die Wahlen des Gemeinderates und des Bürgermeisters am 14. März 2010 **liegt vom 19. Jänner 2010 bis 25 Jänner 2010 an den nachstehend angegebenen Tagen und Uhrzeiten im**

.....
(genaue Adresse des Amtsraumes)

zur Einsicht auf:

.....
.....
.....

Innerhalb der Einsichtsfrist kann jedermann in das Wählerverzeichnis Einsicht nehmen und davon Abschriften oder Vervielfältigungen herstellen.

Innerhalb der Einsichtsfrist kann jeder Unionsbürger, der als Wähler eingetragen ist oder das Wahlrecht für sich in Anspruch nimmt, wegen seiner Aufnahme bzw. Nichtaufnahme in ein Wählerverzeichnis schriftlich oder mündlich spätestens am letzten Tag der Einsichtsfrist bei der Gemeindevahlbehörde Einspruch erheben. Der schriftliche Einspruch kann nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden technischen Mittel auch telegraphisch, fernschriftlich, im Wege automationsunterstützter Datenübertragung oder in jeder anderen technisch möglichen Weise eingebracht werden.

Der Einspruch ist zu begründen. Wird im Einspruch die Aufnahme in ein Wählerverzeichnis begehrt, so sind auch die zur Begründung notwendigen Belege anzuschließen.

Innerhalb der Einsichtsfrist kann jeder Unionsbürger, der als Wähler eingetragen ist oder das Wahlrecht für sich in Anspruch nimmt, bei der Gemeinde die Streichung vermeintlich nicht Wahlberechtigter aus den Wählerverzeichnissen oder die Aufnahme vermeintlich Wahlberechtigter in die Wählerverzeichnisse mündlich oder schriftlich anregen. Die schriftliche Anregung kann nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden technischen Mittel auch telegraphisch, fernschriftlich, im Wege automationsunterstützter Datenübertragung oder in jeder anderen technisch möglichen Weise eingebracht werden. Die Anregung ist zu begründen. Wird die Aufnahme vermeintlich Wahlberechtigter in die Wählerverzeichnisse angeregt, so sind die zur Begründung notwendigen Belege anzuschließen.

....., am 18. Jänner 2010

Der Bürgermeister :

Eine Kundmachung, die von der Gemeinde den örtlichen Verhältnissen entsprechend zu füllen ist und so dann in der erforderlichen Zahl ausgedruckt und angeschlagen werden kann, wird den Gemeinden zeitgerecht per E-Mail zur Verfügung gestellt.

Innerhalb der Einsichtsfrist kann jedermann in das Wählerverzeichnis Einsicht nehmen.

Nach der Auflegung des Wählerverzeichnisses ist eine Änderung oder Ergänzung nur noch im Weg eines der in der Folge beschriebenen Verfahrens möglich.

Frühestens am ersten Tag der Auflegung des Wählerverzeichnisses ist den Gemeinderatsparteien, frühestens gleichzeitig mit der Einbringung des Wahlvorschlages den im Gemeinderat nicht vertretenen Wählergruppen, auf deren Verlangen eine Ausfertigung des Wählerverzeichnisses kostenlos auszufolgen. Allfällige Änderungen und Ergänzungen des Wählerverzeichnisses sind nachzusenden. Die Übermittlung des Wählerverzeichnisses ist auch im Weg der automationsunterstützten Datenverarbeitung zulässig.

Innerhalb der Einsichtsfrist kann jeder Unionsbürger, der als Wähler eingetragen ist oder das Wahlrecht für sich in Anspruch nimmt, wegen seiner Aufnahme bzw. Nichtaufnahme in ein Wählerverzeichnis Einspruch erheben. Einspruch kann nur in eigener Sache erhoben werden.

Innerhalb der Einsichtsfrist kann jeder Unionsbürger, der als Wähler eingetragen ist, die Streichung vermeintlich nicht Wahlberechtigter aus dem Wählerverzeichnis oder die Aufnahme vermeintlich Wahlberechtigter in das Wählerverzeichnis anregen. Anregungen werden für oder gegen andere Personen vorgebracht. Wählergruppen sind nicht legitimiert, solche Anregungen vorzubringen. Der zustellungsbevollmächtigte Vertreter einer Wählergruppe kann nur in seiner Eigenschaft als einer der Unionsbürger, der als Wähler in das Wählerverzeichnis eingetragen ist, solche Anregungen vorbringen.

Einsprüche und Anregungen können schriftlich, nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden technischen Mittel auch telegrafisch, fernschriftlich, im Wege automationsunterstützter Datenübertragung oder in jeder anderen technisch möglichen Weise, oder mündlich eingebracht werden. Sie sind zu begründen und, wenn die Aufnahme in ein Wählerverzeichnis begehrt wird, in geeigneter Weise zu belegen.

Hält die Gemeinde (d. h. der Bürgermeister) eine Anregung auf Streichung eines nicht Wahlberechtigten oder auf Aufnahme eines Wahlberechtigten für begründet, so

hat die Gemeinde (d. h. der Bürgermeister) das Wählerverzeichnis von Amts wegen zu berichtigen und hievon unverzüglich den Betroffenen zu verständigen. Der Betroffene kann bis 17.00 Uhr des dritten Tages nach der Zustellung der Verständigung Einspruch erheben.

Wird wegen der Aufnahme bzw. Nichtaufnahme in ein Wählerverzeichnis oder im Fall der Verständigung von einer Streichung bzw. Aufnahme Einspruch erhoben, so hat die Gemeindewahlbehörde binnen einer Woche zu entscheiden. Auf die Entscheidung über einen Einspruch hat der Einspruchswerber einen Rechtsanspruch. Die Regeln über die Befangenheit von Verwaltungsorganen sind anzuwenden (§ 7 AVG 1991). Die Gemeindewahlbehörde hat alle Feststellungen zur Ermittlung des wahren Sachverhaltes zu treffen. Demjenigen, um dessen Wahlrecht es geht, ist im Verfahren das Parteiengehör zu wahren. Die Entscheidung ist zu begründen. Die Entscheidung ist dem Einspruchswerber zuzustellen. Der Betroffene kann bis 17.00 Uhr des dritten Tages nach der Zustellung der Entscheidung Berufung erheben, wenn seinem Einspruch nicht Rechnung getragen worden ist. Die Berufung kann schriftlich, nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden technischen Mittel auch telegrafisch, fernschriftlich, im Wege automationsunterstützter Datenübertragung oder in jeder anderen technisch möglichen Weise, eingebracht werden. Sie sind zu begründen.

Über die Berufung hat die Bezirkswahlbehörde binnen einer Woche zu entscheiden. Die Entscheidung ist dem Einspruchswerber und der Gemeindewahlbehörde zuzustellen.

Ist eine Richtigstellung des Wählerverzeichnisses erforderlich, so ist diese unter Anführung der Verfügung des Bürgermeisters bzw. der Entscheidung der Gemeinde- oder Bezirkswahlbehörde durchzuführen. Ist danach ein Wahlberechtigter in ein Wählerverzeichnis aufzunehmen, so ist sein Name am Ende des Wählerverzeichnisses mit der dort folgenden fortlaufenden Zahl anzuführen; an der Stelle des Wählerverzeichnisses, an der er ursprünglich einzutragen gewesen wäre, ist auf die fortlaufende Zahl der neuen Eintragung hinzuweisen. Eine zu Unrecht in das Wählerverzeichnis aufgenommene Person ist aus diesem zu streichen.

Wird einem Wahlberechtigten die Aufnahme in das Wählerverzeichnis in rechtswidriger Weise verweigert, so wird der Betroffene durch eine solche Entscheidung in seinem verfassungsgesetzlich gewährleisteten Wahlrecht verletzt; der Betroffene kann nach einer erfolglosen Berufung nach Art. 144 B-VG Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof erheben. Rechtswidrigkeiten, die bei der Anlegung des Wählerverzeichnisses unterlaufen, können von den Wählergruppen nur durch Wahlanfechtung nach Art. 141 B-VG vor dem Verfassungsgerichtshof geltend gemacht werden.

An der Wahl des Gemeinderates und des Bürgermeisters dürfen nur Wahlberechtigte teilnehmen, deren Namen im abgeschlossenen Wählerverzeichnis enthalten sind.

Näheres über die Erfassung der Wahlberechtigten ist dem 3. Abschnitt „Erfassung der Wahlberechtigten“ der Tiroler Gemeindewahlordnung 1994 zu entnehmen.

36.

Kommentar zur Tiroler Gemeindewahlordnung 1994

Verfasser Dr. Helmut Ludwig

4. Auflage, 214 Seiten, Preis 30,- Euro.

Die Herausgabe der ersten Auflage dieses Kommentars reicht in das Jahr 1991 zurück.

Die letzte Auflage wurde neu überarbeitet und ergänzt, insbesondere hinsichtlich der Einführung der Briefwahl.

Der Kommentar ist praxisbezogen und enthält Beispiele über gültig und ungültig ausgefüllte Stimmzettel

sowie Beispiele über die Berechnung der Wahlzahl und die Vergabe der Mandate.

Der Kommentar ist erhältlich beim

Tiroler Gemeindeverband

Adamgasse 7a, 6020 Innsbruck

Tel. 0512/587130, Fax 0512/587130-14

E-Mail. tiroler@gemeindeverband.tirol.gv.at

37.

Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen 2010; Wahlkalender

Bestimmung der TGWO 1994	Gegenstand	Befristung, Termin	Kalendertag
§ 3 Abs. 1	Ausschreibung der Wahl (Kundmachung im Landesgesetzblatt)		Mi., 09.12.09
§ 3 Abs. 5	Kundmachung der Wahlausschreibung in allen Gemeinden	unmittelbar nach Kundmachung der Wahlausschreibung im LGBl.	Mi., 09.12.09
§ 18 Abs. 1	Endtermin für die Bestellung der Sprengelewahlleiter, der Leiter der Sonderwahlbehörden, der nach den §§ 13 Abs. 2 und 16 Abs. 2 zu bestellenden ständigen Vertreter und der Stellvertreter der Wahlleiter	spätestens am neunten Tag nach dem Tag der Wahlausschreibung	Fr., 18.12.09
§ 19 Abs. 1 § 19 Abs. 2	Endtermin für die Namhaftmachung der Beisitzer und Ersatzmitglieder der örtlichen Wahlbehörden und der Bezirkswahlbehörden	spätestens am zwölften Tag nach dem Tag der Wahlausschreibung	Mo., 21.12.09
§ 19 Abs. 3	Endtermin für die Bestellung der Beisitzer und der Ersatzmitglieder der örtlichen Wahlbehörden und der Bezirkswahlbehörden	spätestens am 14. Tag nach dem Tag der Wahlausschreibung	Mi., 23.12.09
§ 19 Abs. 5	Bekanntgabe der Namen der Mitglieder der örtlichen Wahlbehörden an die Bezirkshauptmannschaft und Kundmachung dieser Namen durch den Gemeindevahlleiter. Kundmachung der Namen der Mitglieder der Bezirkswahlbehörden durch den Bezirkswahlleiter	unverzüglich nach deren Bestellung	
§ 20 Abs. 1	Konstituierende Sitzung der Gemeindevahlbehörden und der Bezirkswahlbehörden, allenfalls auch der Sprengelewahlbehörden und der Sonderwahlbehörden	spätestens am 21. Tag nach dem Tag der Wahlausschreibung	Mi., 30.12.09
§ 3 Abs. 2	Stichtag	zwischen dem Tag der Wahlausschreibung und dem 70. Tag vor dem Wahltag	Mi., 30.12.09
§ 35 Abs. 2 § 40 Abs. 2	Erster Tag für die Einbringung der Wahlvorschläge für die Wahl des Gemeinderates und/oder des Bürgermeisters bei der Gemeindevahlbehörde	am Stichtag	Mi., 30.12.09
§ 27 Abs. 2	Frühester Zeitpunkt für Wählergruppen, die im Gemeinderat nicht vertreten sind, die Ausfolgung einer Ausfertigung der Wählerverzeichnisse zu verlangen	frühestens gleichzeitig mit Einbringung des Wahlvorschlages, frühestens also am Stichtag	Mi., 30.12.09

§ 22 Abs. 1	Namhaftmachung von Vertrauenspersonen und deren Stellvertreter durch die Wählergruppen	frühestens mit der Einbringung des Wahlvorschlages, frühestens also am Stichtag	Mi., 30.12.09
§ 26 Abs. 2	Kundmachung der Gemeinde über die Auflegung der Wählerverzeichnisse	spätestens am 19. Tag nach dem Stichtag	Mo., 18.01.10
§ 26 Abs. 1 § 28 Abs. 1 § 28 Abs. 3	Erster Tag der Auflegung der Wählerverzeichnisse durch die Gemeinde (Einsichtsfrist durch fünf Werktage) und Beginn der Frist zur Einbringung von Einsprüchen und Anregungen	20. Tag nach dem Stichtag	Di., 19.01.10
§ 27 Abs. 1	Ausfolgung von Ausfertigungen der Wählerverzeichnisse an die Wählergruppen durch die Gemeinde	frühestens am ersten Tag der Auflegung der Wählerverzeichnisse	Di., 19.01.10
§ 26 Abs. 1 § 28 Abs. 1 § 28 Abs. 3	Letzter Tag der Auflegung der Wählerverzeichnisse und für die Einbringung von Einsprüchen und Anregungen	fünfter Werktag der Auflegung der Wählerverzeichnisse	Mo., 25.01.10
§ 29 Abs. 1	Verständigung der Personen, die auf Grund einer Anregung von Amts wegen aus dem Wählerverzeichnis gestrichen oder in das Wählerverzeichnis aufgenommen wurden, durch die Gemeinde	unverzüglich nach der von Amts wegen erfolgten Berichtigung des Wählerverzeichnisses	
§ 29 Abs. 2	Einspruchsmöglichkeit des Betroffenen gegen seine von Amts wegen erfolgte Streichung aus dem Wählerverzeichnis oder Aufnahme in das Wählerverzeichnis	spätestens bis 17.00 Uhr des dritten Tages nach der Zustellung der Verständigung	
§ 30	Entscheidung über Einsprüche	binnen einer Woche nach deren Einlangen	
§ 31 Abs. 1	Berufung gegen Entscheidung über Einsprüche (Einbringung der Berufung bei der Gemeindewahlbehörde)	bis spätestens 17.00 Uhr des dritten Tages nach Zustellung der Entscheidung über den Einspruch	
§ 31 Abs. 2	Frist für die Entscheidung über die Berufungen durch die Bezirkswahlbehörde	binnen einer Woche	
§ 32	Richtigstellung und Abschluss der Wählerverzeichnisse	nach Beendigung des Einspruchs- und Berufungsverfahrens	
§ 35 Abs. 1 § 40 Abs. 1	Kundmachung der Anzahl der zu wählenden Gemeinderatsmitglieder sowie der Voraussetzungen für die Einbringung von Wahlvorschlägen für die Wahl des Gemeinderates und für die Wahl des Bürgermeisters durch die Gemeindewahlbehörde	spätestens am 42. Tag vor dem Wahltag	So., 31.01.10
§ 35 Abs. 2 § 40 Abs. 2	Endtermin für die Einbringung der Wahlvorschläge für die Wahl des Gemeinderates und des Bürgermeisters durch die Wählergruppen bei der Gemeindewahlbehörde	spätestens am 23. Tag vor dem Wahltag, 17.00 Uhr	Fr., 19.02.10

§ 37 Abs. 2	Erklärung der Koppelung bei der Gemeindewahlbehörde	spätestens am 16. Tag vor dem Wahltag, 17.00 Uhr	Fr., 26.02.10
§ 38 Abs. 1 § 41 Abs. 4	Zurückziehung von Wahlvorschlägen für die Wahl des Gemeinderates und für die Wahl des Bürgermeisters	spätestens am 16. Tag vor dem Wahltag, 17.00 Uhr	Fr., 26.02.10
§ 38 Abs. 3	Zurückziehung von Unterschriften nach § 35 Abs. 4	spätestens am 16. Tag vor dem Wahltag, 17.00 Uhr	Fr., 26.02.10
§ 38 Abs. 2 § 41 Abs. 1	Zurückziehung von Zustimmungserklärungen nach § 35 Abs. 5 und § 40 Abs. 5	spätestens am zwölften Tag vor dem Wahltag, 17.00 Uhr	Di., 02.03.10
§ 37 Abs. 3	Erklärung der Auflösung der Koppelung bei der Gemeindewahlbehörde	spätestens am zwölften Tag vor dem Wahltag, 17.00 Uhr	Di., 02.03.10
§ 39 Abs. 1	Endtermin für die Vorlage von Ersatz- bzw. Ergänzungsvorschlägen zu den Wahlvorschlägen	spätestens am zwölften Tag vor dem Wahltag, 17.00 Uhr	Di., 02.03.10
§ 41 Abs. 2	Vorschlag eines neuen Wahlwerbers für die Wahl des Bürgermeisters bei Eintritt eines der im § 41 Abs. 2 erster Halbsatz genannten Ereignisse	spätestens am zwölften Tag vor dem Wahltag, 17.00 Uhr	Di., 02.03.10
§ 45 Abs. 2	Vorlage der Erklärung der Mehrheit der Mitglieder einer Gemeinderatspartei, daß eine Wählergruppe ihre Nachfolgerin ist	spätestens am zwölften Tag vor dem Wahltag, 17.00 Uhr	Di., 02.03.10
§ 39 Abs. 2 § 39 Abs. 3	Änderung des Wahlvorschlages für die Wahl des Gemeinderates einer Wählergruppe im Falle des Eintrittes eines der im § 41 Abs. 2 erster Halbsatz genannten Ereignisse	spätestens zugleich mit dem Vorschlag eines neuen Wahlwerbers für die Wahl des Bürgermeisters nach § 41 Abs. 2	Di., 02.03.10
§ 42 Abs. 1	Behebung von Mängeln an Wahlvorschlägen oder bei Koppelungserklärungen durch die Wählergruppen	spätestens am zwölften Tag vor dem Wahltag, 17.00 Uhr	Di., 02.03.10
§ 43 Abs. 1	Endgültige Prüfung der Wahlvorschläge und der Koppelungserklärungen durch die Gemeindewahlbehörde	am elften Tag vor dem Wahltag	Mi., 03.03.10
§ 45 Abs. 1 § 45 Abs. 6	Kundmachung der Wahlvorschläge und der Koppelungen durch die Gemeindewahlbehörde	spätestens am zehnten Tag vor dem Wahltag	Do., 04.03.10
§ 34a Abs. 2	schriftlicher Antrag auf Ausstellung einer Wahlkarte durch Briefwähler	spätestens am zehnten Tag vor dem Wahltag	Do., 04.03.10
§ 46 Abs. 1 § 46 Abs. 3	Endtermin für die Festsetzung der Wahllokale, der Wahlzeit und der Verbotszonen durch die Gemeindewahlbehörde und deren Kundmachung	spätestens am fünften Tag vor dem Wahltag	Di., 09.03.10

§ 34a Abs. 2	mündlicher Antrag auf Ausstellung einer Wahlkarte durch Briefwähler	spätestens am fünften Tag vor dem Wahltag	Di., 09.03.10
§ 22 Abs. 2	Endtermin für die Bekanntgabe von Vertrauenspersonen und deren Stellvertreter an den Gemeindevahlleiter	spätestens am dritten Tag vor dem Wahltag, 17.00 Uhr	Do., 11.03.10
§ 34 Abs. 2	Endtermin für die Anträge auf Ausübung des Wahlrechtes vor einer Sonderwahlbehörde	spätestens am dritten Tag vor dem Wahltag	Do., 11.03.10
§ 34 Abs. 5	Übermittlung des Verzeichnisses nach § 34 Abs. 5 von der Gemeinde an die zuständige Sonderwahlbehörde	spätestens am zweiten Tag vor dem Wahltag	Fr. 12.03.10
§ 54a Abs. 2	Einlangen der Wahlkarten der Briefwähler im Postweg bei der Gemeinde	spätestens am zweiten Tag vor dem Wahltag	Fr. 12.03.10
§ 3 Abs. 1	Wahltag		So., 14.03.10
§ 20 Abs. 1	Endtermin für die konstituierende Sitzung der Sprengelwahlbehörden und der Sonderwahlbehörden	spätestens am Wahltag	So., 14.03.10
§ 72 Abs. 4 § 72 Abs. 5	Kundmachung des Wahlergebnisses durch die Gemeindevahlbehörde und Bekanntgabe an die Bezirkswahlbehörde	unverzüglich nach der Feststellung des Wahlergebnisses	
§ 72 Abs. 6	Einsprüche bei der Gemeindevahlbehörde gegen die ziffernmäßige Ermittlung des Wahlergebnisses	binnen einer Woche nach dessen Kundmachung	
§ 71 Abs. 1	Kundmachung des Tages der engeren Wahl	mindestens zehn Tage vor dem Tag der engeren Wahl	Do., 18.03.10
§ 34a Abs. 2	schriftlicher Antrag auf Ausstellung einer Wahlkarte durch Briefwähler	spätestens am zehnten Tag vor dem Wahltag	Do., 18.03.10
§ 71 Abs. 5	Erklärung des Verzichts eines oder beider Wahlwerber, sich der engeren Wahl des Bürgermeisters zu stellen, bei der Gemeindevahlbehörde	bis spätestens am fünften Tag vor dem Tag der engeren Wahl, 17.00 Uhr	Di., 23.03.10
§ 34a Abs. 2	mündlicher Antrag auf Ausstellung einer Wahlkarte durch Briefwähler	spätestens am fünften Tag vor dem Tag der engeren Wahl,	Di., 23.03.10
§ 34 Abs. 2	Endtermin für die Anträge auf Ausübung des Wahlrechtes vor einer Sonderwahlbehörde	spätestens am dritten Tag vor dem Tag der engeren Wahl,	Do., 25.03.10
§ 34 Abs. 2	Übermittlung des Verzeichnisses nach § 34 Abs. 5 von der Gemeinde an die zuständige Sonderwahlbehörde	spätestens am zweiten Tag vor dem Tag der engeren Wahl,	Fr., 26.03.10
§ 54a Abs. 2	Einlangen der Wahlkarten der Briefwähler im Postweg bei der Gemeinde	spätestens am zweiten Tag vor dem Tag der engeren Wahl,	Fr., 26.03.10

§ 3 Abs. 3	Tag der engeren Wahl	spätestens drei Wochen nach dem Wahltag	So., 28.03.10
§ 71 i.V.m. § 72 Abs. 4 und 5	Kundmachung des Wahlergebnisses der engeren Wahl und Bekanntgabe an die Bezirkswahlbehörde	unverzüglich nach der Feststellung des Wahlergebnisses	
§ 71 i.V.m. § 72 Abs. 6	Einsprüche gegen die ziffernmäßige Ermittlung des Wahlergebnisses der engeren Wahl	binnen einer Woche nach dessen Kundmachung	
§ 75 Abs. 1	Konstituierende Sitzung des neu gewählten Gemeinderates	in der dritten Woche nach dem Wahltag	in der Woche nach dem 28.03.10

VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR SEPTEMBER 2009

(vorläufiges Ergebnis)

	August 2009 (endgültig)	September 2009 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2005		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	107,7	107,8
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	119,1	119,2
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	125,4	125,5
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	163,9	164,1
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	254,8	255,1
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	447,2	447,6
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	569,7	570,3
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	571,6	572,1

Der Index der Verbraucherpreise 2005 (Basis: Durchschnitt 2005 = 100) für den Kalendermonat September 2009 beträgt 107,8 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für August 2009 um 0,1% gestiegen (August 2009 gegenüber Juli 2009: 0,4%). Gegenüber September 2008 ergibt sich eine Steigerung um 0,1% (August 2009/2008: 0,3%).

**Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.**

MEDIENINHABER (VERLEGER):
Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeindeangelegenheiten,
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Helmut Praxmarer

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck